

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

31. März 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 25.03.14 griffen Taliban ein Büro der Wahlkommission in Kabul an. Nach vierstündigen Kämpfen töteten Sicherheitskräfte die Angreifer. Weiterhin kamen bei dem Angriff zwei Polizisten, ein Kandidat für die Provinzratswahlen und zwei Mitarbeiter der Wahlkommission ums Leben.

In der nordafghanischen Provinz Kunduz starben bei einem Selbstmordanschlag während eines Buzkashspiels nahe der Hauptstadt Kunduz sechs Zivilisten. 20 Menschen wurden verletzt. Der Anschlag richtete sich wohl gegen einen früheren Mojahedin-Kommandeur. Der Anschlag wird der „Islamic Movement of Uzbekistan“ zugeschrieben.

In Asadabad, Hauptstadt der ostafghanischen Provinz Kunar, stürmte ein Selbstmordkommando der Taliban eine Filiale der Kabul-Bank. Zwei Polizisten und drei Zivilisten wurden getötet, 16 Personen wurden verletzt. Ziel des Anschlags waren Polizisten der Afghan Local Police und Afghan National Police, die gerade ihre Gehaltsschecks einlösen wollten.

Im Distrikt Greshk der südafghanischen Provinz Helmand wurde eine Polizistin auf dem Weg zur Arbeit von Unbekannten erschossen.

Am 28.03.14 griffen Taliban ein von der US-Hilfsorganisation „Roots of Peace“ genutztes Gästehaus in Kabul an. Bei der mehrstündigen Schießerei wurden zwei Angreifer getötet und zwei verwundet. Ein Mädchen und ein unbeteiligter afghanischer Zivilist starben, vier Angehörige der Sicherheitskräfte erlitten Verletzungen. Die Taliban behaupteten, das Haus diene auch als christliche Kirche.

Am 29.03.14 überfiel eine Gruppe mit Burqas getarnter Taliban-Kämpfer das Hauptquartier der Unabhängigen Wahlkommission in Kabul. Die fünf Angreifer wurden von afghanischen Sicherheitskräften getötet.

Am 30.03.14 starb ein rumänischer ISAF-Soldat bei einem Bombenanschlag in der südafghanischen Provinz Zabul, fünf Soldaten wurden verletzt.

Mit weiteren Angriffen der Taliban ist im Vorfeld der für den 05.04.14 angesetzten Wahlen zu rechnen. Gewählt werden der Staatspräsident und Provinzräte in den 34 Provinzen.

Nach dem Anschlag auf das Serena-Hotel in der vergangenen Woche (vgl. BN v. 24.03.14) beschlossen das amerikanische National Democratic Institute und die OSZE, ihre Wahlbeobachter zunächst aus Afghanistan abzuziehen. Angesichts der angespannten Sicherheitslage werden voraussichtlich rund 750 der etwa 6.400 Wahlzentren geschlossen bleiben.

Pakistan

Christ wegen Blasphemie zum Tode verurteilt

Am 27.03.14 verurteilte ein Gericht in Lahore einen Christen wegen Beleidigung des Propheten zum Tode. Der Anwalt des Verurteilten kündigte an, das Urteil anzufechten. Bisher wurde noch nie ein wegen Blasphemie zum Tode Verurteilter tatsächlich hingerichtet; es besteht allerdings die Gefahr, Opfer von Lynchjustiz zu werden.

In einem anderen Blasphemieverfahren gegen eine Christin wurde der Berufungsprozess erneut verschoben. Die Angeklagte sitzt seit 2009 im Gefängnis.

Erneut Anschläge auf Impfhelfer

Am 24.03.14 wurde in Peshawar (Provinz Khyber Pakhtunkhwa) die Leiche einer Mitarbeiterin der Polio-Impfkampagne aufgefunden. Die Frau war am Tag zuvor von Unbekannten entführt worden. Am 27.03.14 kam bei einem Anschlag auf Impfhelfer im Distrikt Loralai der Provinz Balochistan ein Polizist um. Die Taliban greifen oft Impfhelfer an. Sie werfen ihnen vor, für das Ausland zu spionieren.

Friedensverhandlungen mit den Taliban

Die pakistanische Regierung hat direkte Gespräche mit den Taliban aufgenommen. Ein erstes Ergebnis sei die Verlängerung des Waffenstillstands. Beobachter äußern sich allerdings skeptisch zu möglichen Erfolgen. Bei Gesprächen in der Vergangenheit hätten die Taliban Gespräche lediglich dazu genutzt, sich Ruhepausen zu verschaffen. Es sei nicht zu erwarten, dass sie die pakistanische Verfassung akzeptieren würden. Außerdem werde nur mit der größten Gruppe, der Tehreek-e-Taliban Pakistan (TTP, eine Dachorganisation von etwa 12 Gruppen), verhandelt, es gebe jedoch über 30 weitere Gruppen mit teils unterschiedlichen Zielen.

Weitere Anschläge

Am 28.03.14 schossen Unbekannte auf das Auto eines bekannten pakistanischen Fernsehjournalisten. Sein Fahrer wurde getötet.

In einem Vorort von Quetta starb am 29.03.14 ein Mädchen bei einem Bombenanschlag auf ein Fahrzeug mit Sicherheitskräften. 16 Zivilpersonen wurden verletzt. Die Urheberschaft des Anschlags ist noch unklar.

Irak

Sicherheitslage

Nach der Zählung von Iraq Body Count wurden im März (Stand: 29.03.14) 959 Zivilpersonen getötet. Nach der Zählung der Nachrichtenagentur AFP starben im März (Stand: 29.03.14) 502 Menschen, davon 86 Polizisten, 59 Soldaten, neun Mitglieder der Sahwa und 21 Extremisten.

Laut UN, die sich auf irakische Regierungsangaben stützt, wurden aufgrund der Situation in der Provinz Anbar bisher 66.520 Familien (Stand: 27.03.14) vertrieben. Davon sind 50.922 in Anbar verblieben und 15.598 in andere Provinzen ausgewichen. Seit Januar 2014 wurden 336 Zivilpersonen getötet und 1.562 verletzt.

Mitglieder der Wahlkommission ziehen ihren Rücktritt zurück

Am 25.03.14 traten alle neun Mitglieder der Wahlkommission geschlossen zurück. Lt. Pressemeldung protestierten sie damit gegen die „Einmischung von Politik und Justiz“ in ihre Arbeit. Ihnen soll insbesondere der von einem Richtergremium angeordnete Ausschluss von Kandidaten missfallen haben, die von der Wahlkommission bereits zur Wahl am 30.04.14 zugelassen waren. Ihren Rücktritt haben sie nach Gesprächen mit nationalen und internationalen Organisationen zurückgenommen.

Tötung von Journalisten

Seit November 2013 wurden 14 Journalisten getötet, davon fünf bei einem Selbstmordattentat auf den TV-Sender Salahaddin in Tikrit. Drei wurden Opfer bei Selbstmordattentaten oder Autobomben und sechs Journalisten bei gezielten Anschlägen getötet. Zwei weitere Journalisten überlebten Mordanschläge.

Türkei

Sieg für Regierungspartei AKP bei den Kommunalwahlen

Bei den Kommunalwahlen am 30.03.14 gaben ca. 53 Millionen Wahlberechtigte ihre Stimmen für neue Bürgermeister, Bezirks-, Stadt- und Gemeinderäte ab. Nach Auszählung von etwa 90 % aller Stimmen liegt die islamisch-konservative Regierungspartei AKP bei 44 %, ein Plus von über 5 % im Vergleich zu den Kommunalwahlen von 2009. Ministerpräsident Erdogan hatte die 40-Prozent-Grenze als Ziel gesetzt, zumindest sollte das Ergebnis der vergangenen Kommunalwahlen erreicht werden. Die größte Oppositionspartei, die säkular-kemalistische CHP, erzielte 29 Prozent.

Es gab Auseinandersetzungen während der Wahlen, dabei starben acht Menschen bei Schießereien zwischen Angehörigen einzelner Kandidaten im Osten der Türkei. Zudem berichteten Beobachter bereits am Wahlvormittag aus dem ganzen Land von angeblichen Wahlfälschungen und Manipulationsversuchen. So seien Wähler unter Druck gesetzt worden, die AKP zu wählen, und Wahlbeobachter gedrängt worden, das Wahllokal zu verlassen. Manche Leute sollen versucht haben, mehrmals zu wählen, und es seien vorgefertigte Stimmzettel aufgetaucht. Insgesamt wurden rund 1.500 Beschwerden wegen Wahlmanipulation eingereicht.

Iran/Irak/Saudi-Arabien

Deutlicher Anstieg von Hinrichtungen

AI nennt in einem Bericht zur Todesstrafe 2013 für Iran mindestens 369 Hinrichtungen, für Irak 169 und für Saudi-Arabien 79 Exekutionen. Damit sind diese drei Staaten für fast 80 % der Hinrichtungen außerhalb Chinas verantwortlich.

Arabische Liga/Israel

Keine Anerkennung Israels als jüdischer Staat

Die Außenminister der Arabischen Liga nahmen am 25.03.14 in Kuwait den Entwurf einer Erklärung an, in dem die Anerkennung Israels als jüdischer Staat ausgeschlossen wird. Der Beschluss ist Grundlage für den Gipfel der Organisation, der am selben Tag in dem Emirat begann. Ziel der Arabische Liga ist es, mit der Erklärung den Palästinensern den Rücken stärken, die von der israelischen Regierung gedrängt werden, im Rahmen der aktuellen Friedensverhandlungen Israel als einen jüdischen Staat anzuerkennen. Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas hatte erklärt, er werde Israel niemals als jüdischen Staat anerkennen. Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu besteht auf dieser ausdrücklichen Anerkennung. Hintergrund ist der Wille der israelischen Regierung, Rückkehransprüche der Palästinenser für die palästinensischen Flüchtlinge und ihre Nachkommen abzulehnen.

Jemen

20 Tote bei Rebellenangriff

Am 24.03.14 sind bei einem Rebellenangriff auf einen Militärstützpunkt im Südosten des Landes 20 Soldaten getötet worden. Nach Berichten der amtlichen Nachrichtenagentur Sana habe der Angriff einem Kontrollposten nahe der Stadt Reida in der Region Hadramaut gegolten. Ein Militärangehöriger machte die Terrorgruppe Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP) für die Tat verantwortlich. Die radikalislamistische Rebellengruppe bekämpft seit Jahren die Regierung in Sanaa und verübt immer wieder blutige Angriffe auf Polizei, Armee und Behörden. Während der Massenproteste im Frühjahr 2011 gegen den damaligen Präsidenten Ali Abdallah Saleh nutzte die Gruppe die Schwäche der Zentralregierung und brachte große Teile des Südens und Ostens unter ihre Kontrolle. Im Zuge einer Militäroffensive wurde die Gruppe wieder aus den größeren Städten vertrieben. Nach US-Angaben ist AQAP weiter der gefährlichste Zweig von al-Qaida.

Ägypten

529 Muslimbrüder zum Tod verurteilt

Am 24.03.14 verurteilte ein Gericht in Minia 529 Anhänger des gestürzten Präsidenten Mohammed Mursi wegen gewaltsamer Proteste und gemeinschaftlichen Mordes zum Tod; 16 Angeklagte sprach das Gericht frei. Von den Verurteilten waren nur 147 im Gerichtssaal anwesend. Die übrigen Angeklagten, die flüchtig oder gegen Kautionszahlung auf freiem Fuß waren, wurden in Abwesenheit verurteilt. Das Urteil in dem Verfahren, das erst am 22.03.14 eröffnet worden war (vgl. BN v. 24.03.14), erging ohne Anhörung der Verteidigung. Diese kündigte Berufung an.

Bei Protesten von Studenten gegen das Urteil kam es am 26.03.14 zu Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften. Dabei wurde ein Student getötet.

Am 25.03.14 vertagte dasselbe Gericht den Prozess gegen 683 weitere Muslimbrüder, unter denen sich auch Mohammed Badie, der geistliche Führer der Muslimbruderschaft, befindet. Die Urteile sollen am 28.04.14 ergehen.

Weitere Massenprozesse angekündigt

Einem Medienbericht zufolge ordnete die Generalstaatsanwaltschaft zwei weitere Verfahren gegen Anhänger der Muslimbruderschaft an. In einem sollen sich 715 Angeklagte wegen des Todes von sechs Personen verantworten, die am 14.08.13 bei Angriffen auf staatliche Einrichtungen ums Leben gekommen waren. Diesen Angeklagten wird zudem versuchter Mord an 51 Personen zur Last gelegt. In dem zweiten Verfahren wird 204 Personen Anstachelung zur Gewalt vorgeworfen.

Armeechef al-Sisi kandidiert für Präsidentenamt

In einer Fernsehansprache gab Abd al Fattah al-Sisi am 26.03.14 seine Kandidatur bei der Präsidentenwahl bekannt. Da sich nach dem Wahlgesetz nur Zivilisten um dieses Amt bewerben dürfen, trat er als Chef der Armee zurück. Die erste Runde der Präsidentenwahlen in Ägypten soll am 26. und 27. Mai stattfinden.

In mehreren Städten kam es zu Protestkundgebungen gegen al-Sisis Kandidatur. Bei gewaltsamen Zusammenstößen starben in Kairo vier Personen.

Marokko

Versuchte Selbstverbrennung

Am 26.03.14 versuchten 13 arbeitslose, blinde Universitätsabsolventen in Rabat, sich aus Protest gegen einen Einstellungsstopp im öffentlichen Sektor in Brand zu setzen. Weitere hundert Demonstranten unterstützten den Protest für mehr Arbeitsplätze. Marokko hatte im Januar einen Einstellungsstopp und Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst verfügt, Subventionen gekürzt und eine Reform des Pensionssystems angekündigt, um das Haushaltsdefizit durch Einsparungen im öffentlichen Sektor zu mindern.

Nigeria

Neues Shekau-Video

Am 24.03.14 erhielten verschiedene Pressemedien in Nigeria ein neues Video der islamistischen Organisation Boko Haram. Auf diesem bekennt sich Abubakar Shekau, der Anführer der Gruppe, zu dem Angriff auf die Giwa-Kaserne in Maiduguri (Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Borno) am 14.03.14. Das Video zeigt wie Angreifer mit Raketen und Panzerfäusten die Kaserne beschießen und es ihnen ohne Gegenwehr gelingt, auf das Gelände einzudringen, Gebäude und Fahrzeuge in Brand zu setzen sowie Hunderte Gefangene, einschließlich einiger Frauen und Kinder, zu befreien. Laut Shekau sollen über 2.000 Boko Haram-„Brüder“, die meisten von ihnen Kommandeure, befreit worden sein. Bei den in Maiduguri Getöteten habe es sich um befreite „einfache“ Gefangene und nicht um Angehörige der Boko Haram gehandelt. Shekau bezieht sich dabei auf über 400 Leichen, die nach dem Angriff in verschiedenen Stadtteilen gefunden wurden. Vermutlich handelt es sich bei den Toten um Angreifer und befreite Gefangene, die die Sicherheitskräfte und die Civilian Joint Task Force (Civilian JTF) erschossen. Die heftigsten Todesdrohungen stieß Shekau gegen die Civilian JTF und Boko-Haram-kritische muslimische Kleriker aus. Mädchen forderte er auf, westliche Bildungseinrichtungen zu verlassen, und drohte mit dem Beginn der Entführung ungläubiger Frauen sowie deren Verkauf als Sklavinnen. Seine „Brüder“, wo auch immer sie sich befänden, in Abuja, Lagos oder in Südnigeria, rief er auf, auch als Einzelperson das Schwert zu ergreifen und Menschen zu töten.

Versuchter Gefängnisausbruch von Boko-Haram-Mitgliedern in Abuja

Laut Angaben einer Sprecherin des nigerianischen Staatsschutzdienstes „Department of State Service“ (DSS), auch bekannt als „State Security Service“ (SSS), kam es am 30.03.14 gegen sieben Uhr im Haftzentrum des SSS auf dessen Hauptquartier in der Hauptstadt Abuja zu einer Gefängnisrevolte mutmaßlicher Mitglieder der islamistischen Gruppe Boko Haram. 18 von ihnen wurden von Sicherheitskräften erschossen, drei starben später an ihren Verletzungen. Nach anderen Angaben sollen Kämpfer der Boko Haram von außen auf das Gelände der Haftanstalt eingedrungen sein, um inhaftierte Boko-Haram-Angehörige zu befreien.

DR Kongo

Blauhelm-Mission um ein Jahr verlängert

Der UN-Sicherheitsrat hat am 28.03.13 in einer einstimmig verabschiedeten Resolution das Mandat der UN-Mission in der Demokratischen Republik Kongo (MONUSCO) und das Mandat der UN-Eingreiftruppe (FIB) um ein Jahr bis zum 31.03.15 verlängert. Die Blauhelm-Mission ist mit einem Jahresbudget von rund 1,5 Milliarden Dollar und fast 20.000 Soldaten die größte und teuerste UN-Mission weltweit. Die UN-Eingreiftruppe besiegte in der ostkongolesischen Provinz Nord-Kivu zusammen mit den Regierungstruppen Ende 2013 die Tutsi-Rebellen der M23 (Bewegung des 23. März). Derzeit unterstützt sie die am 16.01.14 in Nord-Kivu begonnene Offensive der Regierungstruppen gegen die ugandische islamistische Rebellengruppe ADF („Allied Democratic Forces“). Planungen für ein militärisches Vorgehen gegen die in Süd- und Nord-Kivu aktive ruandische Hutu-Miliz FDLR („Demokratische Kräfte zur Befreiung Ruandas“) sind weit fortgeschritten.

Somalia

Somalische Armee und AMISOM erobern mehrere Ortschaften

Am 25.03.14 nahmen die somalische Armee (Somali National Army – SNA) und AMISOM den Ort Mahas in der Region Hiraan ein. Am 26.03.14 befreiten sie die Stadt Elbur in der Region Galgaduud von al-Shabaab. Bereits am 22.03.14 war die Stadt Qoryoley in der Region Lower Shabelle eingenommen worden. Damit soll die al-Shabaab seit Beginn des Monats die Kontrolle über zehn Ortschaften verloren haben (vgl. BN v. 03.03.14).

Die Ortschaft Gendershe südwestlich von Mogadischu, die seit Februar unter Kontrolle der SNA und der AMISOM steht, soll in der Nacht zum 29.03.14 von al-Shabaab-Kämpfern angegriffen worden sein. Regierungsangaben zufolge habe man den Angriff zurückgeschlagen.

Südsudan

Mehr als eine Million Flüchtlinge

Wegen der im Dezember 13 ausgebrochenen Kämpfe zwischen Regierungsarmee und Anhängern des ehemaligen Vizepräsidenten Riek Machar befinden sich nach UN-Angaben vom 29.03.14 mehr als eine Million Menschen auf der Flucht. Davon sollen etwa 800.000 innerhalb des Landes Zuflucht gesucht haben und etwa 255.000 ins Ausland geflohen sein. Beinahe fünf Millionen Südsudanesen benötigen humanitäre Hilfe, so UNHCR. Es wird erwartet, dass sich die Versorgung mit Nahrungsmitteln weiter verschlechtert, da die Kämpfe die Bewirtschaftung der Felder vor der bevorstehenden Regenzeit verhindert haben.

Am 25.03.14 wurden die Friedensverhandlungen in Addis Abeba wieder aufgenommen (vgl. BN v. 01.03.14). Trotz eines Waffenstillstandsabkommens kommt es weiterhin zu Kämpfen um strategisch bedeutende Orte.

Kenia

Flüchtlinge in Lager verwiesen

Ein Regierungsvertreter kündigte am 25.03.14 an, dass Flüchtlinge, die in Kenias Städten leben, in Flüchtlingslager umziehen müssen. Etwa 50.000 Menschen, meist Somali, sind betroffen. Begründet wurde die Maßnahme mit Sicherheitserwägungen.

Hintergrund

Eine entsprechende Initiative der kenianischen Regierung vom Dezember 2012 hatte Kenias High Court am 26.07.13 mit der Begründung verhindert, eine Umsiedlung der Flüchtlinge verletze deren Rechte und setze sie der mittelbaren Gefahr einer zwangsweisen Rückkehr nach Somalia aus.

Laut UNHCR leben fast 530.000 Flüchtlinge, mehrheitlich Somali, in sechs Lagern in Alinjugur, Dadaab und Kakuma. Seit Kenias militärischem Engagement in Somalia kommt es immer wieder zu Anschlägen in

Kenia, insbesondere in vorwiegend von Somali bewohnten Teilen Nairobis, die der islamistischen Miliz al-Shabaab angelastet werden. Die Regierung vermutet die Täter unter den somalischen Flüchtlingen. Zuletzt hatten am 23.03.14 Unbekannte eine Kirche in der Nähe Mombasas angegriffen und sechs Menschen getötet.

Überlebende sexueller Gewalt verklagen Regierung

Überlebende sexueller Gewalt, zu der es im Verlauf der Unruhen nach den Wahlen von 2007 gekommen war, verklagten die kenianische Regierung. Die von mehreren Menschenrechtsorganisationen unterstützten sechs Frauen und zwei Männer werfen der Regierung u.a. vor, die für die Gewalt Verantwortlichen nicht strafrechtlich zu verfolgen. Das Verfahren wurde am 25.03.14 eröffnet.

Anfang 2012 begannen Verfahren vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag u.a. gegen Kenias Präsident Uhuru Kenyatta und Vizepräsident William Ruto wegen ihrer Rolle in diesen Unruhen. Das Gericht wurde aktiv, nachdem Versuche, die Unruhen von der kenianischen Justiz aufarbeiten zu lassen, gescheitert waren.

Kosovo

EULEX- Mandat soll um zwei Jahre verlängert werden

Kosovarischen Medienberichten zufolge hat die Europäische Union beschlossen, ihre EULEX-Mission auch nach Juni 2014 um vorerst zwei Jahre fortzusetzen. Die kosovarische Regierung hatte vorgeschlagen, die EULEX-Mission auslaufen zu lassen, da sie mittlerweile selbst in der Lage sei, die volle Verantwortung auch im Justiz- und Polizeibereich zu übernehmen.

EULEX soll jedoch weiterhin sämtliche Befugnisse zur Untersuchung, Verfolgung und Verhaftung aller Personen behalten, die Kriegsverbrechen, Korruption und organisierter Kriminalität verdächtigt werden. Die Zahl der Mitarbeiter soll aber verkleinert werden und einige Kompetenzen in „leichteren Fällen“ an die lokalen Behörden übertragen werden.

Hintergrund

Die sog. Rechtsstaatsmission (European Union Rule of Law Mission in Kosovo – EULEX) wurde 2008 ins Leben gerufen. Sie soll das kosovarische Justizwesen unterstützen und sicherstellen, dass rechtsstaatliche Prinzipien eingehalten und international anerkannte Standards angewendet werden. EULEX verfügt insgesamt über rund 2.200 Angehörige, von denen rund 1.150 aus den EU-Staaten stammen. Deutschland ist mit durchschnittlich 140 Polizeikräften aus Bund und Ländern sowie zivilen Expertinnen und Experten beteiligt. Seit dem 01.02.13 leitet der deutsche Diplomat Bernd Borchardt die Mission. Bisher wurden 350 Personen wegen Kriegsverbrechen, Korruption und/oder organisierter Kriminalität verurteilt. Viele Ermittlungen und Verfahren sind noch nicht abgeschlossen, etwa zu Organhandel während des Kosovo-Krieges.

Russische Föderation/Nordkaukasus

Sicherheitslage in Dagestan

Dagestans Polizeichef, Abdurashid Magomedov, bezifferte auf einer Sitzung des Regionalparlaments vom 27.03.14 die Zahl der in Dagestan aktiven illegalen militanten Gruppierungen auf 13. Er sprach von 167 getöteten Terroristen im Jahr 2013, darunter zehn Anführer. 27 Kämpfer hätten sich ergeben und 213 seien verhaftet und verurteilt worden. Die Sicherheitskräfte verzeichneten, so Magomedov, 92 Tote und 176 Verletzte. Die Zahl der getöteten Zivilisten gab Magomedov mit zwölf an, 73 seien verletzt worden. Dagestan gilt seit Jahren als der Schwerpunkt militanter Auseinandersetzungen im Nordkaukasus.

Ukraine

Milliardär Präsidentschaftskandidat

Der Oligarch Pjotr Poroschenko hat am 29.03.14 seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl am 25.05.14 offiziell angekündigt. Als härteste Konkurrentin gilt die frühere Regierungschefin Julia Timoschenko, während Oppositionsführer Vitali Klitschko überraschend seine Kandidatur zurückgezogen hat. Seinen Wählern

versprach Poroschenko „eine neue Armee, modern und effizient, die die Souveränität und Integrität der Ukraine verteidigt“. Von 2009 bis 2010 war Poroschenko Außenminister der pro-europäischen Regierung seines Heimatlandes. Unter dem jüngst entmachteten pro-russischen Präsidenten Viktor Janukowitsch fungierte Poroschenko 2012 kurzzeitig als Wirtschaftsminister. Er gilt als wichtigster Geldgeber der Opposition, die er während der Proteste auch mit seinem Fernsehsender Kanal 5 unterstützte. Der 48-Jährige wird auch „Sokoladenkönig“ genannt, da ihm der Süßwarenkonzern Roschen gehört. Er machte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in den 1990er Jahren ein Milliardenvermögen und gehört heute zu den zehn reichsten Ukrainern.

Tataren sprechen sich für Autonomie aus

Zwei Wochen nach dem Referendum über die Loslösung der Krim von der Ukraine haben sich die Tataren auf der Halbinsel für ihre Selbstbestimmung ausgesprochen. Vertreter der rund 300.000 Krim-Tataren votierten bei einer Versammlung in der Stadt Bachtschysaraj am 29.03.14 dafür, Schritte in Richtung einer Autonomie einzuleiten. Grundlage für die Abstimmung war eine Resolution, die politische und rechtliche Schritte vorsieht, um den Tataren auf ihrem historischen Gebiet, der Krim, nationale und territoriale Autonomie zu gewähren. Es blieb allerdings unklar, wie die Selbstbestimmung umgesetzt werden und ob die angestrebte autonome Einheit innerhalb der Ukraine oder Russlands liegen soll.

Hintergrund

Das muslimisch geprägte Turkvolk hatte vor zwei Wochen das von der pro-russischen Regionalführung organisierte Referendum über die Loslösung der Krim von der Ukraine boykottiert. Die Tataren machen zwölf Prozent der Bevölkerung der Schwarzmeerhalbinsel aus, deren meiste Einwohner ethnische Russen sind. Die Tataren haben ein gespanntes Verhältnis zu Moskau, seit Stalin sie am Ende des Zweiten Weltkriegs von der Krim nach Zentralasien deportieren ließ. Etwa die Hälfte starb dabei auf dem Weg dorthin. Ende der 1980er Jahre durften die Tataren auf die Krim zurückkehren.

Sri Lanka

UN-Menschenrechtsrat will Untersuchung zu Kriegsverbrechen

Mit Resolution vom 27.03.14 fordert der Menschenrechtsrat eine Untersuchung der Kriegsverbrechen des Bürgerkrieges. Der Beschluss (23 gegen 12 Stimmen bei 12 Enthaltungen) kam auf Betreiben der USA und der Europäischen Union zustande, die der Regierung in Colombo eine mangelhafte Aufarbeitung vorwerfen. Auch Deutschland stimmte der Entschließung zu.

Die sri-lankische Armee hatte 2009 die Rebellenorganisation LTTE („Befreiungstiger von Tamil Eelam“) besiegt, die im Norden der Insel einen eigenen Staat errichten wollte. Menschenrechtler werfen den Regierungstruppen die Bombardierung von Zivilisten und Krankenhäuser vor. Die LTTE wird beschuldigt, Kindsoldaten rekrutiert und Zivilisten als menschliche Schutzschilde missbraucht zu haben.

China

Hinrichtungen

China führt – vor dem Iran, dem Irak, Saudi-Arabien und den USA – die am 27.03.14 von Amnesty International veröffentlichte weltweite Statistik der Hinrichtungen für das Jahr 2013 an. Wie bereits seit 2009 nennt die Organisation keine konkrete Zahl für China, sondern geht von tausenden Hinrichtungen aus; das sind mehr als in allen anderen Ländern zusammen (778). Die Zahl der Hinrichtungen wird in China als Staatsgeheimnis behandelt.

Korea (Demokratische Volksrepublik)

Resolution des UN-Menschenrechtsrats zu Nordkorea

In einer am 28.03.14 angenommenen Resolution rief der UN-Menschenrechtsrat den UN-Sicherheitsrat auf, sich mit einer gerichtlichen Verfolgung der nordkoreanischen Führung sowie etwaiger Sanktionen gegen sie

zu befassen. Anlass sind die Ergebnisse eines am 17.03.14 veröffentlichten Untersuchungsberichts zu Menschenrechtsverletzungen in den Straflagern des Landes.

Myanmar

Mob greift Büros internationaler Organisationen an

Am 26.03.14 griff ein Mob in Sittwe, Hauptstadt des Rakhine State, Büros internationaler Hilfsorganisationen und Wohnungen von deren Mitarbeitern an. Das Büro von Malteser International wurde angegriffen, nachdem eine Vertreterin der Organisation eine buddhistische Flagge vom Gebäude entfernt hatte. Den Umgang mit der Flagge empfanden Zeugen als Beleidigung. Bevor die Polizei die Gewalt am 27.03.14 unterbinden konnte, waren Einrichtungen von etwa einem Dutzend UN-Organisationen und anderen internationalen Organisationen Ziel von Übergriffen. Die Polizei brachte Dutzende Mitarbeiter der Organisationen in Sicherheit. Eine Person starb versehentlich durch einen Warnschuss der Polizei. Über Sittwe wurde eine nächtliche Ausgangssperre verhängt.

Hintergrund

Die Rakhine, die buddhistische Bevölkerung des Rakhine State, werfen den internationalen Hilfsorganisationen in der Region vor, bevorzugt die muslimischen Rohingya zu unterstützen. Die Organisationen werden zunehmend bedroht und an ihrer Arbeit gehindert. Ende Februar untersagte die Regierung der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen ihre Aktivitäten im Rakhine State. Proteste richteten sich auch gegen die Teilnahme von muslimischen Rohingya an der Volkszählung vom 30.03. bis zum 10.04.14.